

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Open-Library-Konzept für das Land Bremen – neue technische Möglichkeiten nutzen**

Bibliotheken sind wichtige Kulturträger, ihr öffentlicher Auftrag liegt in der Vermittlung von Wissen und Kultur. Heutzutage sind Bibliotheken mehr als nur ein Ort, an dem Bücher ausgeliehen werden: Eine Bibliothek stellt eine kulturelle Begegnungsstätte für Jung und Alt dar. Einen Ort, an dem Literatur, Kultur und Kunst direkt erlebt werden und der vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens ein entscheidender Bildungsort ist. Auch gehören Bibliotheken zu den wenigen kulturellen Einrichtungen, die für die Besucher und Besucherinnen kostenfrei sind und in denen kein Verzehrzwang besteht. Gerade vielen Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Eltern mit Kindern ist es unter der Woche oftmals nicht möglich, die Angebote der öffentlichen Bibliotheken zu den vorgegebenen Öffnungszeiten wahrzunehmen.

Weiter gibt es im Rahmen des technischen Fortschritts neue Möglichkeiten, um die Nutzung einer Bibliothek auch außerhalb der bestehenden Öffnungszeiten für deren Mitglieder zu ermöglichen. Eine solche Möglichkeit bietet das Open-Library-Konzept: Es bezeichnet Bibliotheken, die zu gewissen Zeiten ohne die Anwesenheit von Bibliothekspersonal geöffnet haben. Die Stadtbibliothek Bremen prüft bereits die Voraussetzungen für den Einsatz dieses Konzepts an zwei Standorten in Bremen. Diese Entwicklungen gilt es weiter zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu prüfen, in welcher Form und mit welchen Kosten ein zunächst zeitlich befristetes, wissenschaftlich begleitetes Bremer Modellprojekt „Open Library Bremen“ in den öffentlichen Bibliotheken ermöglicht werden kann, welches insbesondere zum Ziel hat, eine zeitnahe und möglichst flächendeckende Verbreitung des Open-Library-Konzepts im Land Bremen dauerhaft voranzutreiben;
2. der Bürgerschaft (Landtag) über die Ergebnisse der Prüfung spätestens drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Elombo Bolayela, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD